

# Danziger Zeitung

(Auflage über 10 000.)

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

(Auflage über 10 000.)

Nr. 21233.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Haupt-Expedition, Rethhergasse 4, bei sämtlichen Abholstellen und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal ohne „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 2 Mk., durch die Post bezogen 2.25 Mk., mit „Handelsblatt und landwirthsch. Nachrichten“ 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. Bei wiederholtem Inseriren entsprechender Rabatt. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1895.

## Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

\*\* Berlin, 6. März.

Im Reichstage wurde heute die vor acht Tagen abgebrochene Juden-Debatte wieder aufgenommen und beendet. Das Resultat war die Ablehnung sämtlicher Anträge. Der Antrag Liebermann v. Sonnenbergs wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Ein mittlerweile eingebrachter Antrag Haffe-Graf Arnim, der den Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit im Auslande sowie der Naturalisation der Fremden im deutschen Reich zu erschweren bezweckt, wurde verworfen, und endlich wurde der conservative Antrag betreffend das Verbot der Judeinwanderung mit 167 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Conservativen, ein Theil der Reichspartei, die Antisemiten und von den Nationalliberalen der Abg. Haffe, dagegen die ganze Linke, das Centrum, die Polen, die Mehrheit der Reichspartei, darunter die Abgg. Meier-Danzig, Land, Holz-Schweh, v. Kardorff und außerdem Präsident v. Csehov. Interessanter als dieses mit Gewissheit voraus-  
 zusehende Resultat war der Verlauf der Debatte, die stellenweise einen sehr ernsten Charakter annahm. Als erster Redner begründete Abg. Haffe seinen Antrag, worauf es Abg. Richter unter-  
 nahm, an der Hand statistischen Materials nachzuweisen, daß ein Bedürfnis für die vorgeschlagenen Maßregeln nicht vorhanden sei und daß der Antrag mit den internationalen Verträgen in Widerspruch stehe. Hierauf gab der Staatsse-  
 cretär Dr. v. Bötticher eine authentische Auslegung der einschlägigen Bestimmungen der Handels-  
 verträge, speciell des russischen Handelsvertrages. Ferner sprachen der Centrum-Abgeordnete Dr. Lieber unter Hinweis auf die Erfahrungen, welche die Katholiken im Culturkampf gemacht haben, und der Abg. Dr. Hermes als Vertreter der freisinnigen Volkspartei gegen die Anträge, während der conservative Freiherr v. Langen, der in letzter Zeit eine antisemitische Autorität der Conservativen geworden ist, warm für die-  
 selben eintrat. Der Redner ist auch nach seiner ganzen Vergangenheit besonders dazu berechtigt. Als pommerischer Großgrundbesitzer in Straßund von den Antisemiten gewählt, hat er sich später der conservativen Fraktion angeschlossen; auch hat er Ahlwardt mehrfach materiell unterstützt; heute bekannte er sich als Rassenantifemist und sprach auch als solcher. Seine dem Antisemitismus und anderen trüben Quellen entnommenen Ausführungen suchte er mit allerhand derben Späßen geschickter zu machen. Nach ihm beantragte Schmidt-Elberfeld (frei. Volksp.), über die Anträge zur Tagesordnung über-  
 zugehen. Abg. Richter sprach in demselben Sinne, während sich der Antisemit Dr. Förster da-  
 gegen äußerte und die Gelegenheit benutzte, sich seiner angeblichen Erfolge in Danzig und Elbing

zu rühmen. Ein Schlußantrag wurde hierauf abgelehnt und dadurch wurde es Ahlwardt er-  
 möglicht zu sprechen. Er übertrumpfte in seiner einstündigen Rede noch seinen ehemaligen Pro-  
 tector, den Frhrn. v. Langen. Er gebrauchte gegen die Juden Ausdrücke wie Raubthiere, Ge-  
 sindel, Parasiten, Cholera-bacillen u. und that dabei u. a. die geschmackvolle Aeußerung: „Ein Pferd, das im Kuhstall geboren ist, ist noch lange keine Kuh und ein Jude, der in Deutschland geboren ist, ist deshalb noch lange kein Deutscher.“ Be-  
 merkenswerth war dabei, daß sich Ahlwardt kurz vorher an den Platz des Abg. Singer be-  
 geben hatte, anscheinend um ihn zu bitten, ihm beihilflich zu sein, daß ihm das Wort nicht abge-  
 schnitten werde.

Wenn auch durch die Rede Ahlwardts das Niveau der Debatte tief herabgedrückt wurde, so war es doch ganz gut, daß Ahlwardt noch zu Worte kam, denn er gehört doch auch einmal zum Ganzen, nämlich zum Ganzen der anti-  
 semitischen Bewegung. Schließlich kam es noch wegen des Tones der Ahlwardts'schen Rede zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen dem Abg. Richter und dem Präsidenten, dann wurde die Debatte geschlossen. Als Antragsteller sprachen zuletzt die Abgg. Graf Arnim und Freiherr v. Manteuffel. In Bezug auf die Bedeutung des conservativen Antrages hat die Rede des letzteren keine Klarheit gebracht. Die von den Abgeordneten Richter und Lieber aufge-  
 worfenen Fragen hat Herr v. Manteuffel nicht beantwortet; er suchte den conservativen Antrag als harmlos hinzustellen, was natürlich keinen Eindruck machen konnte, denn die Conservativen haben den Antrag selbst als den ersten Schritt zur Befreiung der Emancipation der Juden be-  
 zichnet.

Um 6¼ Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Morgen um 1 Uhr folgt die Fortsetzung der Be-  
 rathung des Militär-Etats.

Abg. Haffe (nat.-lib.) erklärt sich zugleich mit vielen seiner nationalliberalen Freunde als Gegner der antisemitischen Bestrebungen. Die Judenfrage darf nicht im Mittelpunkt der politischen Bewegung stehen. Dagegen liegt es im Interesse der deutschen Nation, fremde, den Deutschen nicht homogene Elemente möglichst fern zu halten. Die Gewährung der Naturali-  
 sation sollte der Kompetenz der Einzelstaaten ent-  
 zogen und einer Reichscentralinstanz über-  
 tragen werden. Das discretionäre Er-  
 messen der Einzelstaaten bietet keine Garantie, fremde, minderwerthige, arbeitsscheue, erwerbs-  
 unfähige Elemente am Eindringen zu verhindern. Andererseits muß der Verlust der Reichsangehörig-  
 keit im Auslande möglichst erschwert werden. Geht z. B. in Rußland einem Deutschen das deutsche Staatsrecht verloren, ehe er das russische erworben hat, so steht er völlig ratlos da. In jedem Falle ist ein neues Gesetz zur Regelung dieser Angelegenheit notwendig. Die Erhaltung unseres Volkes in seiner Reinheit ist die Grund-  
 lage einer würdigen nationalen Politik.

Abg. Richter: Der Antrag Haffe ist verdräng-  
 lich im Zusammenhang mit den beiden anderen, lediglich antisemitischen Anträgen. Aber ein Be-

drück, die Naturalisation und den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit zu erschweren, liegt nicht vor. Der Redner hat es nicht nach-  
 gegeben. Früher ging man langsamer in der Gesetzgebungsarbeit vor. Jetzt drückt man den Knopf und ein neues Gesetz ist da. Aber der Bevölkerung behagt das nicht, sie will Ruhe haben. Der Antrag Haffe leidet an einer Ueberspannung des Nationalitätsgefühls. Im Zeitalter der Elektrizität und des Dampfes, welche auch chinesische Mauern überwinden, ist das nicht angebracht. Der Antrag Hammerstein gegen die Einwanderung der Juden ist ein alter Bekannter. Er ist nicht Endzweck, sondern nur der Anfang einer Agitation, deren Ziel die Befreiung des Gleichberechtigungsgesetzes von 1869 ist. Herr v. Pöhl nicht mir zu. Allerdings, der Bund der Landwirthe ist eine antisemitische Organisation geworden (Gehr gut! rechts), wohl aber sehr gegen den Geist der Zeit. Was aber bedeutet Ihr Antrag? Sollen ausländische Juden überhaupt nicht hereinkommen und Geschäfte treiben dürfen? Das wäre entschieden gegen die Handelsverträge. Oder wollen Sie nur die Naturalisation der aus-  
 ländischen Juden verhindern? Auch das würde, wenn auch nicht dem russischen Handelsvertrage, so doch dem mit der Schweiz und anderen Ländern entgegengesetzten. Redner bittet den Minister v. Bötticher, sich darüber zu äußern, wie die Regierung hierüber denkt, und geht dann näher auf die Bestimmungen der geltenden Ge-  
 setze ein, welche nach allen Richtungen hin das Recht geben, lästige Ausländer auszuweisen. Die Naturalisation des Ausländers ist vom Minister des Innern abhängig. Seit dem Jahre 1885 wird das streng gehandhabt. Einmal lange hier anlässigen jüdischen Arzt aus Rußland ist seit dem Jahre 1891 von dem Regierungspräsidenten die Aufnahme in Deutschland zugesichert, wenn er die Entlassungsurkunde aus Rußland beibringe. Das hat er mit Kosten und Mühen nach einigen Jahren erwirkt und doch ist jetzt die Naturalisation abgelehnt. Es geht ja also schon nach dem Wunsche der Conservativen. Will man noch weiter gehen, so würden wichtige Handelsinteressen in den Oststädten leiden und auch die Landwirtschaft. Den russischen Commissionären bleibt man nur eine geringe Aufenthaltszeit in Königsberg höchstens ein Jahr, und dann dürfen dieselben nicht einmal die Familie bei sich haben. Redner weist alsdann an der Hand der amtlichen Statistik nach, daß die Juden in Deutschland an Zahl zurückgehen, daß ungefähr 70 000 Juden in den letzten 50 Jahren mehr ausgewandert als eingewandert sind und daß die Zahl der Juden sich besonders in den östlichen Provinzen vermindert hat. Der Antrag Hammerstein ist so oberflächlich motivirt, wie noch nie ein parlamentarischer Antrag. Antisemitische Redensarten, wie man sie in den Berathungen mit 50 Pf. Entrée hört (Gelächter links), sollen die Grundlage für einen Be-  
 schluß der Reichsvertretung abgeben! Das ist wirklich zu viel verlangt. Selbst Adolf Wagner hat die Behauptung von der Masseneinwan-  
 derung der russischen Juden für eine Fabel erklärt und dem Sanitätsrath Neumann, der diese Fabel verdrückt hat, Recht gegeben. Schon der große Kurfürst hat durch Edict von 1670 die fünfzig jüdischen Familien in Preußen auf-  
 genommen, die aus Wien vertrieben waren. Der Antrag Hammerstein widerspricht dem Geist der Verträge, den Grundsätzen, welche seit Jahr-  
 hunderten deutsche Fürsten geübt haben, den Grundsätzen der Humanität und unserer heutigen Cultur und Civilisation. Redner ist der Zuver-

sicht, daß der Antrag mit großer Majorität ab-  
 gelehnt wird. (Beifall.)

Staatsminister Dr. v. Bötticher: Ich habe noch keine Gelegenheit gehabt, mich über die Stellung des Bundesraths zu dem vorliegenden Antrage zu vergewissern. Nur dem Abg. Richter will ich auf seine Frage Antwort geben. Es ist kein Zweifel, daß jeder Staat das Recht hat, Aus-  
 länder auszuweisen, ebenso auch deren Aufnahme in den Unterthanenverband zu verjagen. Das ist durch das Gesetz von 1870 festgestellt. Soweit die Anträge die Absicht haben, den Erwerb der Naturalisation zu verhindern, sind sie nicht ver-  
 tragswidrig. In den Verträgen ist in der Regel ausgesprochen, daß die Angehörigen der ver-  
 tragschließenden Nationen im Gebiete der anderen Staaten Handel und Gewerbe treiben können. Wenn es also die Absicht der Anträge wäre, die auslän-  
 dischen Juden vom Handels- und Gewerbebetrieb in Deutschland auszuschließen, so würde das den Verträgen nicht entsprechen. Aber dadurch werden die politischen Verhältnisse den Ausländern gegen-  
 über nicht berührt. Der deutsch-russische Handels-  
 vertrag spricht dieses im ersten Paragraphen deutlich aus. Wir sind nicht berechtigt, Juden, die sich bei uns niedergelassen haben, im Handel und Gewerbe zu stören, aber wir sind berechtigt, solche Ausländer auszuweisen. Auch kann den aus-  
 ländischen Juden der Gewerbebetrieb von vornherein verboten werden. Den von Herrn Richter ange-  
 führten Fall kenne ich nicht, ich gebe ihm den Rath, die Angelegenheit an geeigneter Stelle vor-  
 zutragen. Vielleicht ist in den Verhältnissen des betreffenden inwischen eine Aenderung eingetreten, die es der Polizei rathsam erscheinen ließ, die ge-  
 wünschte Naturalisation nicht zu gewähren.

Abg. Dr. Lieber (Centr.): Was wir bis jetzt über den vorliegenden Antrag gehört haben, reicht nicht aus, die Regierung um die Vorlegung eines solchen Gesetzes zu ersuchen, da mühte die Begrün-  
 dung bedeutend vertieft werden. Was den Antrag Hammerstein anbelangt, so will er nur eine Unter-  
 sagung der Einwanderung; diese Unterstufung widerspricht aber offenbar den Handelsverträgen. Auch die Ausführungen des Staatssecre-  
 tairs v. Bötticher haben keinen Zweifel darüber ge-  
 lassen, daß ein allgemeines Einwanderungsverbot den Verträgen zuwiderlaufen würde. Damit stimmt auch überein, was der Abg. Richter über den schweizerischen Niederlassungsvertrag vorge-  
 lesen hat. Als Vertreter einer föderativen Partei lege ich Gewicht darauf, daß die Durchführung dieses Antrages eine Verletzung des bairischen Reservatrechts in sich schließen würde. Die Gesetzgebung des Reiches auf diesem Gebiet erstreckt sich nicht auf die Heimaths- und Nieder-  
 lassungsrechte Baierns. Wenn Sie Baiern aus-  
 nehmen wollen, so mögen dies wenigstens die conservativen Herren in Ihrem Antrage aus-  
 sprechen. Wir stehen auf dem Boden, daß wir keinerlei Ausnahmefälle wollen, nicht gegen eine besondere Klasse von Bürgern, nicht gegen bestimmte Parteien, nicht gegen bestimmte Be-  
 kenntnisse, auch nicht, wie man sich geschmackvoll ausdrückt, gegen Rassen. Wir, die wir die Last des Culturkampfes getragen haben, haben freilich nicht die Bosheit vergessen, mit der gerade die jüdischen Feinde alles herabgewürdigt haben, was uns theuer und heilig ist. Auch heute noch sind solche Feinde im Werke. Aber die Gerechtigkeit erfordert es doch, anzuerkennen, daß die Juden nicht allein an diesem Treiben theilhaftig sind, ebenso daß die Juden durch die Jahrhunderte dahin gebracht worden sind, gerade diejenigen Berufe zu er-  
 greifen, in denen sich die beklagten Mängel am meisten gezeigt haben. Wir wollen jedenfalls die

anders als der gewöhnliche Bediente. Er war Kammerdiener bei Sholto's Vater gewesen, hatte aber eine so große Zuneigung zu Peter Fane ge-  
 faßt, dem er als Anabe das Leben gerettet, daß er in dessen Dienste getreten war. Nach dem Tode seines jungen Gebieters, den er mit rührender Aufopferung gepflegt hatte, übertrug er seine Anhänglichkeit auf Sholto, der ihn mehr als Freund wie als Untergebener behandelte.

Gurney war sehr, wo die andere Dienerschaft längst zur Ruhe gegangen war, damit beschäftigt, das Ankleidezimmer seines unordentlichen Herrn aufzuräumen. Er beugte sich über Sholto's kleine Cassette, als Bettie eintrat, und wandte sich be-  
 stürzt um, als er ihren Schritt vernahm. Wäre die junge Frau nicht ganz mit ihren eigenen Ge-  
 danken beschäftigt gewesen, so würde sie bemerkt haben, daß er etwas vor ihrem Blick zu ver-  
 bergen bestrebt war.

„Pachen Sie für den gnädigen Herrn Gurney?“  
 „Ja, gnädige Frau. Es giebt eine Menge für vier Wochen mitzunehmen, und da wir morgen reisen, dachte ich, ich wollte die Kleinigkeiten heute Nacht noch zusammenpacken.“

„Sie sind schon im Auslande gewesen, nicht wahr, Gurney?“ fragte Bettie mit schlecht er-  
 heuchelter Gleichgültigkeit.

„Freilich, gnädige Frau.“

„Sie waren in Paris mit Herrn Peter Fane?“

„Ja, gnädige Frau.“

Gurney warf seiner Herrin einen argwöhni-  
 schen Blick zu. „Weshalb stellte sie dies Aeu-  
 ßerung mit ihm an?“

„Der gnädige Herr stieß damals zu Ihnen, nicht wahr?“

„Ja, gnädige Frau.“

„Können Sie mir sagen, zu welcher Zeit des Jahres das war?“

(Fortf. folgt.)

(Nachdruck verboten.)

## Betties Irrthum.

Von G. Ring.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Englischen von Marie Schult.

Der englische Garten mit seinen bunten Blumen-  
 beeten, der kurzgehaltene, sammetartige Rasen, die hochragenden Bäume drüben im Park, die zu phantastischen Gestalten verknüpfelten Taxus-  
 bäume — sie alle verschwammen vor Betties Blick, und sie sah das düstige ausgestattete Schlafzimmer eines Schulmädchens wieder vor sich, einen ge-  
 spalteten Hofplatz mit einer Reihe steifer Blumen-  
 kübel, eine alte Frau, die sich an dem Schlosse der Pforte in der hohen Mauer zu schaffen machte, die gegenüberliegenden Häuser, die hohen Almen, die die Dorfstraße einsperrten, die männliche und die weibliche Gestalt, die unter der nüchternen Yper standen, das Gesicht des Mannes beschattet, aber das Mondlicht hell auf die Messingknöpfe seines langen Rockes mit dem seltsamen Muster fallend. Es war ein furchtbarer Traum! Der Mann, der mit den Zügen und den Augen ihres Vaters zu ihr auf-  
 blickte, trug denselben Rock und den weichen Filzhut, den Fräulein Terris' Mörder getragen hatte.

Bettie umklammerte das eiserne Geländer des Balkons, und die Berührung des kalten Metalls gab ihr die Befinnung zurück. Wie thöricht und einfältig sie war! Wahrscheinlich gab es zahllose Räder desselben Modells, und die Knöpfe waren vermuthlich ebenso wenig selten. Der Hut war ein gewöhnlicher weicher Filzhut, von der Art, wie sie sie hundertmal von Geistlichen hatte tragen sehen. Wie konnte sie nur so albern ge-  
 wesen sein! Sie besuchte sich die Lippen und

drückte die schlanken Hände fest auf die scharfen Spitzen des Gitters.

Sholto hob den Arm, das Mondlicht, das fast Tageshelle verbreitete, fiel voll auf seine Gestalt. Sie wußte, daß es ein Irrthum, eine tolle Aus-  
 geburt ihrer Einbildungskraft sei, aber sie be-  
 obachtete ihn mit gespannter, ängstlicher Auf-  
 merksamkeit, als er mit der Hand nach seiner Cigarette griff. Natürlich würde kein Knopf, kein Faden des Stoffes fehlen, von einem Weibe im graulichen Ringen um ihr Leben abgerissen. Gültiger Himmel — es sahen nur zwei Knöpfe auf dem Rockärmel, wo drei hätten sitzen müssen, und ein Stück Zeug fehlte!

Bettie verließ den Balkon und schwankte in ihr Zimmer zurück. Sie wollte etwas so Furchtbares, so Entsetzliches nicht glauben, — ihr Sholto, ihr zärtlicher, weichereriger Gatte wäre ein Mörder? Oh, nimmermehr! Er hatte nie im Leben von Fräulein Terris ge-  
 hört — oder doch vielleicht? Ihr fiel plötzlich ein, wie sonderbar er ausgesehen, als sie Fräulein Terris' Namen erwähnte. Er war vor sieben Jahren im September in Paris gewesen — aber was hatte das damit zu thun? Manche andere Männer, mit denen sie zusammengekommen, waren wahrscheinlich auch dort gewesen. Er hatte sich in Paris seinen Schnurrbart abrasirt, um einer Entscheidung vorzubeugen! Nein — nein, sie wollte an etwas so Grauenhaftes gar nicht denken. Sie war ermüdet vom Tanzen — es war ein Traum, ein Hirngespinnst. Sie wollte wieder auf den Balkon hinausgehen und würde sehen, daß ihr Mann nur seinen gewöhnlichen langen Ueberzieher anhatte. Sholto stand so da, wie sie ihn verlassen.

„Weshalb stürztest du eben fort? Du sahest wie Julia in der Balconscene aus.“

Bettie antwortete nicht — sie vermochte es nicht; ihre Augen waren starr auf ihn gerichtet, und

ihr entging keine Einzelheit seines furchtbaren Anzuges.

„Wo hast du den Rock her?“ stammelte sie und bohrte sich die Fingerspitzen des Gitterwerks in die Hände, damit der physische Schmerz sie aus ihrer Betäubung aufrüttelte.

„Aus einem kleinen Dorfe in Italien. Hast du je etwas Ähnliches gesehen? Ich war meines Ge-  
 päckes verlustig gegangen, und der Dorfschneider fertigte ihn in großer Eile für mich an. Wer mich einmal in diesem Rocke gesehen, wird mich nie wieder vergessen, sollte ich denken.“

„Nie wieder vergessen! Nein, gewiß nicht! Aber vielleicht hatte er ihn sich erst seit jener unseligen Nacht vor fast sieben Jahren angeschafft.“

„Wie lange ist das her?“  
 „Wie heiser deine Stimme klingt, Bettie!“ Du wirst dich in dem dünnen Gewande erkalten, liebes Herz. Ich habe diesen Rock vor wenigstens zehn Jahren gekauft. Bitte, geh hinein, ich bin so bange, daß du dich erkälten müßtest.“

Bettie kehrte in ihr Zimmer zurück und gab sich Mühe, ruhig nachzudenken. Was konnte sie thun? Sie konnte sich an niemand um Beistand wenden. Wieder und wieder sagte sie sich, daß ihr Glaube an Sholto nicht erschüttert sei. Jemand ein anderer hatte sich des Rockes bemächtigt und ihn an jenem Abend getragen, oder der Rock, den sie gesehen, war einer, der dem ihres Mannes wie ein Ei dem anderen glück. Die Ähnlichkeit des Trägers mit Sholto an Größe, Anstand und Haarfarbe war einfach ein Spiel des Zufalls — weiter nichts. Sie war ihrer Sache nicht einmal sicher, ob Sholto um die Zeit des Mordes wirklich in Paris gewesen. Das konnte sie von seinem Kammerdiener Gurney erfahren. Sie hörte ihn den im Ankleidezimmer ihres Mannes hin und her gehen und, ohne zu überlegen, was sie that, trat sie ein, um ihn zu fragen.

Gurney war ein blasser, stiller Alter — ganz



allgemeinen Schäden auch durch allgemeine Gesehe heilen, nicht durch Ausnahmegeese. Wir erinnern uns genau des Tages, an welchem das Jesuitengeheh im Juli 1872 angenommen wurde und dabei der Ruf erscholl: „Die Jesuiten sind wir los, wir wünschen dem Centrum eine gute Reife!“ Mit unserem Willen soll es nicht geschehen, daß jetzt der Ruf ertönt: „Die Juden sind wir los, wir wünschen den Katholiken gute Reife!“

Abg. Dr. Hermes (freis. Volksp.): Angesichts der verschwindenden Minorität der Juden sind solche Anträge geradezu beschämend; außerdem sind sie nicht durchführbar, denn unsere Nachbarn würden sie sich nicht gefallen lassen. Es ist gesagt worden, es sei eine Sünde und Schande, wie die Juden das Volk ausbeuten. Ich sage, es ist eine Sünde und Schande, so etwas hier zu sagen.

Präsident v. Csehov: Ich muß den Redner darauf aufmerksam machen, daß ich solche Redewendungen gegen Mitglieder des Hauses nicht dulden kann.

Abg. Dr. Hermes fortsetzend: Wenn die Antisemiten für das sogenannte jüdische Treiben nach Beispielen suchen, so brauchen sie sich doch nur in ihren eigenen Kreisen umzusehen. Die Juden können es niemand recht machen. Lassen sie sich taufen, so ist es nicht recht, erhalten sie hohe Stellen, so heißt es, sie drängen sich überall ein, erwerben sie Landbesitz, so wird geklagt, der Grundbesitz geht in fremde Hände über. In Sachsen, dem gelobten Land des Antisemitismus, gibt es nur 9000 Juden gegenüber drei Millionen Christen, und gerade der Abgeordnete Herr Sachse mußte doch als Sachse zugeben, daß in Sachsen überall der Wohlstand zunimmt. (Sachen rechts.) Man hat gesagt, daß in Berlin die Christen in das Horn der Juden stoßen, wenn sie Credit haben wollen. Ich sehe eine Prämie darauf aus, wenn Sie mir einen solchen Christen zeigen. Hier in Berlin leben wir mit den Juden in Harmonie sowohl im Privatleben wie in den öffentlichen Ämtern. Diejenigen, welche da sagen, die Juden seien Parasiten am Marke der deutschen Nation, mögen sich Christen nennen, aber der Geist des Christenthums geht ihnen ab. Die Antisemiten scheinen nicht zu wissen, daß der Gründer ihrer eigenen Religion ein Jude war. (Pfeil rechts.) Die deutschen Juden sind ebenso gute Patrioten wie die anderen Staatsbürger, an Anhänglichkeit und Treue für Kaiser und Reich sind ihnen die Antisemiten nicht überlegen. Kaiser Friedrich hat bereits mit Recht die antisemitische Bewegung als eine „Schmach für unsere Zeit“ bezeichnet. Ich bitte die Anträge a limine abzulehnen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Langen (cons.): Zu uns kommen, wie schon Erleichterung sagte, die Juden als hofenverkaufende Jünglinge über die Grenze, um als Bankiers bei uns weiterzuleben. Wollten wir abwarten, bis die Juden Deutsche geworden sind, so werden eher alle Deutschen zu Juden werden. Konnte doch ein Judenjunge, der sich in der Schule das Mauschelein abgewöhnen sollte, erzählen, so wie er, mauschelei jetzt die ganze Klasse. (Heiterkeit rechts.) Der große Aurfürst hat im Jahre 1670 nicht aus Liebe die Juden in's Land hereingelassen, sondern weil er nach den Kriegen nothwendig Geld gebrauchte. (Heiterkeit.) Herr Paasche hat neulich den jüdischen Dialect des Abg. Sachse beipflichtet; mir sind alle Dialecte recht, nur nicht das Mauschelein. Herr Paasche meint, er sei weder Antisemit noch Philosemit, das ist vielleicht nationalliberal. (Große Heiterkeit.) Herr Richter sprach vom Geist der Zeit; den versteht er nicht mehr. Der Geist, der jetzt herrscht, ist der deutsche Geist. Herr Hermes hat sich einen Orden von der Juden-schultruppe verdient. Gegen Junker und Pfaffen darf gehetzt werden, nur gegen Judas geheiligte Majestät nicht. Redner verbreitet sich dann über die Criminalität der Juden und deren Betheiligung an den verschiedenen Verbrechen. Die Juden bilden einen Staat im Staate. Wir haben von der Sorte genug und wollen nicht noch mehr. Ich bitte, den Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Schmidt-Eberfeld (freis. Volksp.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Liebermann von Sonnenberg.

Abg. Richter (freis. Volksp.) befürwortet dies. Wir wünschen, daß die Anträge schnell erledigt werden, denn sie werden nachgerade langweilig. Durch die Art und Weise aber, wie die Antisemiten die Debatte führen, werden laufende von Mitbürgern gekränkt. Der Ton im Hause hat sich verschlechtert. Ich kann als alter Abgeordneter nur konstatieren, daß solche Reden hier früher nicht möglich waren. Redner bittet um Schluß der Debatte.

Abg. Förster (Antisemit) spricht gegen den Antrag. Die Antisemiten sind in unverantwortlicher Weise angegriffen worden; es müsse ihnen Gelegenheit gegeben werden, sich auszusprechen.

Der Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Liebermann wird angenommen, ein Antrag auf Schluß der Debatte über die anderen Anträge wird abgelehnt.

Abg. Ahlwardt (Antisemit): Meine politischen Freunde (allgemeines Gelächter) behaupten nicht die Juden in ihrer Religion, sondern die Juden als Rasse. Die Juden sind in der That Raubthiere. An dieser Thatfache ist nicht zu rütteln, und ich hege die Erwartung, daß alle im Hause noch zu dieser Ansicht kommen werden. Seit 800 Jahren sind die Juden in Deutschland, gleichwohl aber haben sie niemals auf dem deutschen Culturboden Arbeit gethan, sie haben nichts gethan als geschwindelt. Wir könnten die Hälfte aller unserer Gesehe abschaffen, wenn wir die Juden abschaffen. Herr Richter hat seine Verwunderung darüber ausgesprochen, daß wir uns vor den paar Juden fürchten, aber Herr Richter fürchtet sich doch auch vor einem Cholera bacillus. (Heiterkeit.) Wie viele tausende Deutsche mögen sich wohl erheben, erschossen, ersäuft haben, ehe die hundert Millionen zusammengebracht worden sind, welche allein in Berlin im Besitz der jüdischen Bankiers sind. Weshalb haben Sie denn mit den Deutschen kein Mittel? Rotten Sie diese Raubthiere aus. In Berlin im Westen wachsen die Villen in die Höhe, wo das Geseindel lebt, welches vorher unsere armen Bauern im Osten ausgezogen hat. Ist einer hier im Hause, der da wirklich glaubt, daß es einen Juden giebt, dem man das Schwindeln abgewöhnen kann? Auch im Culturkampf haben die Juden am meisten geheiht. Erst wenn wir den letzten Juden aus Deutschland herausgetrieben haben, dann erst wollen wir die Juden als unsere Nächsten betrachten. Schon in Aegypten wollten die Juden nicht arbeiten, und als sie arbeiten sollten,

wanderten sie aus. Die Aegypter waren gerade so vertrauensselig wie wir, und die Juden gingen ihnen mit ihren Schätzen durch. Auch die Kunst ist verjudet. Wir haben keine deutsche Kunst mehr, sondern eine jüdische. Auf den Kunstausstellungen giebt es fast nur noch Gemälde nach jüdischem Geschmack, namentlich was Frauenschönheit anbelangt. Ein Familienvater muß jetzt vorher erst allein die Kunstausstellungen besuchen. So ist auch das Verhältniß beim Schauspiel, deren Vertreterinnen zum allergrößten Theil unter jüdischem Schutze stehen. Wenn Hr. Hermes die Sonde an den Antisemitismus legt, so möchte ich ihm, der von Oberflächlichkeit abgegangen ist, raten, mit der Prüfung bei sich selbst anzufangen. Die Juden sind keine Deutschen und werden keine Deutschen werden. Ein Pferd, das im Herbst geboren ist, wird noch lange keine Kuh, ebenso wenig wird ein Jude, der in Deutschland geboren wird, ein Deutscher.

Abg. Richter zur Geschäftsordnung: Es ist von dem Vorredner ein Theil unserer Mitbürger Raubthiere, Cholera bacillen, Parasiten, Geseindel u. genannt worden. Wenn auch der Vorredner durch richterliches Erkenntniß genügend gekennzeichnet ist, so scheint doch das von ihm gebrauchte Maß der Schimpfrede nicht vereinbar zu sein mit den Grundsätzen, die der Präsident erst gestern bei der Beratung des Militäretats bezüglich der Verunglimpfung von Personen außerhalb des Parlaments verkündet hat. Schlimmer ist der Ton des Hauses noch nicht heruntergebracht worden, als jetzt durch den Vorredner.

Präsident v. Csehov: Ich weiß was ich zu thun habe und lasse mir in meiner Amtsführung keine Vorschriften machen. Ich erkenne dem Vorredner nicht das Recht zu, mich zu kritisieren. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter: Wenn mir auch nicht das formale Recht zur Seite steht, den Präsidenten zu kritisieren, so doch das moralische. (Lebhafter Beifall links.)

Hierauf wird die Debatte geschlossen. Nach den Schlußworten der Mittragsteller Mantuffel und Graf Arnim erfolgt die Ablehnung der Anträge mit dem oben erwähnten Stimmenverhältnisse. Schluß der Sitzung 6 1/4 Uhr.

Berlin, 6. März. Die Budgetcommission des Reichstages setzte heute nach kurzer Debatte die an die Commission zurückverwiesene Position des Militäretats über die Commandantur in Altona in den Etat ein.

Die wirthschaftliche Vereinigung des Reichstages nahm heute von der Commission des Bundes der Landwirthe ausgearbeiteten Entwurf der Zuckersteuerreform mit den Amendements Paasches an. Der frühere Antrag Paasche wurde fallen gelassen.

#### Aus der Umsturzcommission.

Berlin, 6. März. Die Umsturzcommission ist auch heute noch nicht zu einem Beschluß über den § 130 der Vorlage gelangt. Zu dem Antrag v. Roon (cons.), der die Strafbestimmung aus § 166 (Beschimpfung der anerkannten Religionsgesellschaften) auf das Cätern des Christenthums beschränken will, beantragt Dr. Barth hinter Christenthum zu setzen: „oder Judenthum“. Außerdem brachten die Nationalliberalen an Stelle des Antrages Rintelen einen neuen Zusatzantrag zu § 130 ein, wonach durch die Bestimmung des § 130 eine freie wissenschaftliche Erörterung oder historische oder künstlerische Behandlung der die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum betreffenden Fragen nicht berührt werden soll.

Durch diesen Antrag soll offenbar die immer weiter greifende Agitation gegen die Vorlage abgeschnitten werden. In der Praxis dürfte mit diesem Antrag das Ziel nicht erreicht werden. Wo fängt die Wissenschaft, die historische oder künstlerische Behandlung an und wo hört sie auf.

Abg. Rintelen (Centr.) hielt heute noch einmal einen langen Vortrag zu Gunsten seines Antrages, den Dr. Barth zurechtfindend als die logische Konsequenz der Regierungsvorlage bezeichnet habe. Das Strafgeheh müsse den Abfall von Gott verhindern.

Die Anträge Rintelen und Enneccerus haben wenig Aussicht auf Annahme; der Abstimmung über den Antrag Roon sieht man mit begreiflicher Spannung entgegen. Abg. Enneccerus (nat.-lib.) bezeichnete denselben heute als „Verbesserung“ der Regierungsvorlage.

#### Preussisches Abgeordnetenhaus.

(Telegraphischer Bericht.)

□ Berlin, 6. März.

(Fortsetzung aus der Abendnummer.) Beim Handelsetat regte Abg. Buech (nat.-lib.) eine Handelsvertragsdiscussion an und behauptete den Bund der Landwirthe, weil dieser eine Revision der Handelsverträge verlangt.

Handelsminister Freiherr v. Berlepsch: Ich spreche als Handelsminister meine Ueberzeugung dahin aus, daß der Werth der Handelsverträge hauptsächlich in der durch dieselben geschaffenen Stabilität beruht. Die Nothwendigkeit einer Revision der Handelsverträge kann ich nicht einsehen, ich erkläre, daß ich meine Hand dazu nicht bieten werde.

Auf die Entgegnung von conservativer Seite, daß im Ministerium in dieser Beziehung keine Eintheiligkeit zu herrschen scheint, erwiderte der Minister, daß über die Frage einer Revision der Handelsverträge im Staatsministerium noch keine Discussion stattgefunden habe, also auch kein Beschluß gefaßt sein könne.

Auch Abg. v. Ennern (nat.-lib.) sprach zu Gunsten der Handelsvertragspolitik, während der gleichfalls nationalliberale Dr. Friedberg dagegen sprach und dabei sehr heftig gegen seine Fraktionsgenossen vorging.

Um 4 1/4 Uhr wird die Sitzung auf morgen vertagt.

## Deutschland.

h. Berlin, 6. März. [Deutschland und Frankreich.] Ein weiteres markantes Beispiel für die Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland findet man auch auf sportlichem Gebiete; es ist bis jetzt ganz unbeachtet geblieben und darum sei es hier erwähnt. Man wird sich hier erinnern, daß der jüdische Lieutenant von den 17. Ulanen v. Ennard 1893 im Sommer seinen bekannten Steepler „Junny Face“ für ein Rennen in Auteuil angemeldet hatte; die französische Presse mit verschwindend geringer Ausnahme war außer sich über dies Unterfangen eines preussischen Lieutenants; zu einem solchen wurde v. Ennard sofort umgestempelt. Die Expedition unterblieb, zumal da „Junny Face“ ein gerade unheimlich hohes Gewicht erhielt. Nun in diesem Jahre konnte Lieutenant v. Ennard seine Stute „Thère“ ganz ungenirt auf den Rennplätzen in Paris und in Nizza laufen lassen; auch nicht ein einziges französisches Blatt ist uns zu Gesicht gekommen, das sich über das Laufen eines „deutschen Pferdes“ aufgehalten hätte. Die Stute errang auch einen überraschend leichten Sieg in Nizza und niemand in Frankreich moquirte sich darüber. Auch der bekannte deutsche Sportsmann Sürmond betheiligte sich activ an dem Rennen in Paris, und die Vertreterin seines Stalles landete ebenfalls ein schönes Rennen. Nach dem „Junny Face“-Skandal vor zwei Jahren ist also zweifellos unter den Franzosen eine andere Stimmung gegen Deutschland eingetreten.

\* [Fürst Bismarck] hat dem Verein deutscher Ingenieure mittheilen lassen, daß er gern bereit sein werde, eine Abordnung des Hauptvereins und der Bezirksvereine an einem noch festzusetzenden Tage im April zu empfangen. Der Verein plant die Ueberreichung einer kunstvollen Ehrengabe in Gestalt einer Adresse, welche aus 35 oder 36 Blättern bestehen soll. Jedes dieser Blätter soll die Abbildung irgend eines hervorragenden Werkes der Ingenieurkunst aus je einem Bezirke des Vereins schmücken.

\* [Wegen der Verwerthung von Erfindungen in den Militärwerkstätten] ist folgende Bestimmung neu erlassen worden:

„Der Arbeiter ist verpflichtet, auf Verbesserungen und Erfindungen, die den besonderen Zwecken der Institute oder ihrer Arbeit förderlich sein können, bedacht zu sein und solche Vorschläge der Direction durch ihre Vorgesetzten vorzulegen. Alle Erfindungen, die von Arbeitern in Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten gemacht werden, fallen dem Reichsmilitärfiskus zu. Das gilt auch von Gebrauchsmustern. Wird von einem Arbeiter die Nachsuchung eines Patentes beabsichtigt, so hat er der Direction durch seine Vorgesetzten Anzeige davon zu machen, und die Erklärung der Direction darüber abzuwarten, ob im Interesse der Militärverwaltung Einspruch dagegen erhoben wird. Sobald die Erfindung eines Arbeiters oder eines anderen Angehörigen von der Militärverwaltung für nützlich erkannt und verwendet wird, so erhält der Erfinder eine angemessene Prämie in baarem Gelde.“

In den Militärwerkstätten ist es schon wiederholt vorgekommen, daß Arbeiter nützliche Erfindungen gemacht haben.

\* [Die überseeische Auswanderung] aus dem deutschen Reich hat nach dem (oben veröffentlichten) amtlichen Abschluß im Jahre 1894 im Vergleich zu den Vorjahren sehr abgenommen. Es sind im ganzen 39 204 Personen über deutsche, niederländische und französische Häfen aus Deutschland nach überseeischen Ländern befördert gegen 87 677 im Jahre 1893, 116 339 im Jahre 1892 und 120 089 im Jahre 1891. Sehr erheblich nachgelassen hat die Auswanderung aus den östlichen Provinzen, die früher am stärksten betheiligt waren. Von 100 000 Einwohnern sind im Jahre 1891 aus Westpreußen 1094, jezt nur noch 123 ausgewandert, ebenso aus Posen 1891 1041, jezt 149, aus Pommern 640 und 160.

\* [Die Deutschen in Guatemala.] Von „einem der ersten Bremer Handelshäuser“ wird der „Meyerj.“ der Brief eines deutschen Kaufmanns aus Guatemala übermittelt, der sich mit großer Lebhaftigkeit gegen die Klagen über den deutschen Gesandten, Herrn Peper wendet, namentlich auch gegen den Brief eines ehemaligen deutschen Offiziers an die „Nat.-Ztg.“. Der deutsche Kaufmann erklärt, es sei nicht wahr, daß der Minister von Guatemala den deutschen Gesandten eine halbe Stunde im Vorzimmer habe warten lassen. Der Schluß des Briefes lautet: „Ich möchte nur noch hinzufügen, daß der Deutsche hier in Guatemala nach wie vor diejenige Achtung genießt, die er sich durch sein persönliches Auftreten erworbt. Die größte Anzahl der ersten Importhäuser ist in deutschen Händen; ebenbürtige anderer Nationalität stehen ihnen nur in geringerer Anzahl zur Seite. Das auswärtige Amt könnte mit Rechtigkeit durch das deutsche Consulat hier bei der Kaufmannschaft Erkundigungen einziehen lassen, ob irgend welche Klage bekannt geworden sei; es würde hören, daß das nicht der Fall ist.“

\* [Die Nachweise über den auswärtigen Handel] des deutschen Zollgebiets schließen im ersten Monat des Jahres 1895 mit der Thatfache ab, daß die Einfuhr sich um 926 813 (100) Kilogr. gegen den Januar des Jahres 1894 verringert, die Ausfuhr dagegen um 1 170 244 (100) Kilogr. vermehrt hat.

Es wurden nämlich im Januar 1895 21 227 895 (100) Kilogr. gegen 22 154 708 (100) Kilogr. des Vorjahresmonats ein- und 17 593 354 (100) Kilogr. gegen 16 423 110 (100) Kilogr. ausgeführt. Weniger eingeführt wurden hauptsächlich Getreide und landwirthschaftliche Erzeugnisse 3 522 763 (100) Kilogr. gegen 4 421 563 (100) Kilogr., also um 898 800 Kilogr. weniger, dann Rohlen 7 882 995 (100) Kilogr. gegen 8 231 185 (100) Kilogr., also um 348 190 (100) Kilogr. weniger. Eine erhebliche Mehrzufuhr fand nur bei Holz und Holzwaaren statt, nämlich 1 961 550 (100) Kilogr. gegen 1 625 117 (100) Kilogr., d. h. um 336 433 (100) Kilogr. mehr. Bei der Ausfuhr zeigen eine erheblichere Zunahme: Eisen und Eisenwaaren (+ 195 154 (100) Kilogr.); Getreide und andere landwirthschaftliche Erzeugnisse (+ 289 217 (100) Kilogr.); Instrumente und Maschinen (+ 30 222 (100) Kilogr.); Rohspiritus (+ 29 112 (100) Kilogr.); Mehl und Graupen (+ 57 276 (100) Kilogr.); Rohzucker und Raffinadezucker (+ 468 594 (100) Kilogr.). Auch die Ausfuhr der Theilproducte hat sich erheblich gebessert.

#### England.

London, 5. März. Kaiserin Friedrich besuchte heute das Fröbel-Erziehungsinstitut in West-

Kensington. Die Parlamentsmitglieder Mather und Acland hielten dabei Ansprachen, in der sie die Vorzüge des Fröbel'schen Erziehungssystems hervorhoben.

Die Königin hielt heute Nachmittag im Buckingham-Palaste großen Cercle in Gegenwart der Kaiserin Friedrich, des Herzogs und der Herzogin von Connaught, des Prinzen und der Prinzessin Heinrich von Battenberg, des Herzogs von York und Gemahlin und der Herzogin von Albany. Viele Mitglieder des diplomatischen Corps waren bei dem Empfange anwesend.

Schweiz. Bern, 5. März. Der Bundesrath hat dem internationalen Friedensbureau in Bern einen Staatsbeitrag von 1000 Francs gewährt.

## Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 6. März. Es verlautet, General Wittich solle Nachfolger des Chefs des Militärcabinetts General Hahnke werden.

Auf das Jubiläumstelegramm der Theilnehmer an dem Bismarck-Commerse der Berliner Hochschulen an den Kaiser erging eine Antwort des Civilcabinetts des Kaisers, worin es heißt: Der Kaiser habe sich über den schönen, würdigen Verlauf der Feier, welche von einer begeisterten Dankbarkeit und warmen Pietät der akademischen Jugend gegen den großen Kanzler ein glänzendes Zeugniß ablege, herzlich gefreut.

Nach dem „Berl. Tagbl.“ hat sich der in Batavia auf der Rückreise nach Europa verstorbenen Landeshauptmann Schmiele von Deutsch-Guinea erschossen.

Zu der Meldung des „Vorwärts“ betreffend das Demissionsgesuch des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts, Persius, bemerkt die „Nationalzeitung“, unter den Mitgliedern des Oberverwaltungsgerichts sei von einem Abschiedsgesuch Persius' nichts bekannt.

Auch die „Arenzzeitung“ bestätigt, daß der Oberpräsident von Ostpreußen, Graf Stolberg, den Abschied genommen hat.

Zu dem neulich mitgetheilten Vertrage der Schwedter Versicherungsgesellschaft mit dem erzbischöflichen Stuhle in Posen veröffentlicht die Versicherungsgesellschaft in der „Arenzzeitung“ einen Beschluß der Generalversammlung, wonach der Vertrag dahin zu modificiren ist, daß er sich nur auf die Immobilienversicherung erstreckt und in diesem Sinne mit dem Erzbischof in Unterhandlung getreten werden soll.

Das Schwurgericht verurtheilte heute den Schuhmacher B. Schöff, welcher am 2. December 1894 schwere Nothdurft mit tödtlichem Ausgange an einem sechs-jährigen Mädchen verübte, zu lebenslänglichem Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust.

Schmerin, 6. März. Anlaßlich des Specialfalles betreffend den verstorbenen früheren Reichstags-Abgeordneten Wiggers verbietet der Oberkirchenrath durch Verordnung allen Geistlichen des Landes die Betheiligung an Leichenverbrennungsfeiern, sowie Urnenbeisetzungen auf Friedhöfen.

Meiningen, 6. März. Der Verwaltungsrath der Werrabahn beschloß in Erwiderung auf das preussische Verstaatlichungsangebot der Bahn, dem preussischen Staate auf Grund der Abfindung neunzig Procent Kauf anzubieten.

Stuttgart, 6. März. Die Kammer nahm mit 64 gegen 18 Stimmen den Absatz 4 des Adreßentwurfes an, worin Verfassungsreform unter Aufhebung des Vorrechts der Geburt und des Amtes gefordert wird.

Leipzig, 6. März. In der Vollversammlung der galizischen Landwirthschaftsgesellschaft theilte Abg. Rojowski mit, daß sämtliche Mitglieder des Polenclubs gegen das Spiritusmonopol aufgetreten seien. Eine besondere Abordnung habe dem Finanzminister mitgetheilt, daß er bei Einführung des Spiritusmonopols auf die Polen nicht rechnen dürfe. Der Finanzminister Plener habe erwidert, daß die Regierung für jeden Fall und in welcher Art immer einen größeren Ertrag aus der Spiritussteuer erzielen müsse. Ein Antrag, der Vorstand der Landwirthschaftsgesellschaft habe im Augenblicke der Gefahr der Einführung des Spiritusmonopols und der Erhöhung der Verbrauchssteuer mit allen nur möglichen Mitteln abwehrend entgegenzutreten, wurde angenommen.

Paris, 6. März. Nachrichten aus Zamatoze zufolge bombardirte eine französische Landbatterie am 20. und 21. Februar die Stellungen der Somas. Das Feuer wurde nicht erwidert. Der Gesundheitszustand der Truppen ist ziemlich befriedigend. Die Kanonenboote, welche die Bucht von Majunga durchsuchten, bemerkten wenig von den Somas.

Chreiburg, 6. März. Bei der Einfahrt in ein Bleibergwerk sind sieben Personen getödtet worden.

Rom, 6. März. Der hiesige deutsche Künstlerverein beschloß, den Fürsten Bismarck anlaßlich seines achtzigsten Geburtstages zum Ehrenmitglied zu ernennen.

Madrid, 6. März. Marshall Martinez Campos conferirte mit dem Kriegsminister betreffs der Insel Cuba. Darauf statten beide der Königin-Regentin einen Besuch ab. Es heißt, Martinez Campos werde Gouverneur von Cuba werden.

Port Said, 6. März. Der belgische Dampfer „Friesland“, mit 150 Touristen von New York nach Jaffa unterwegs, ist beim Hafeneingange gestrandet.

New York, 6. März. Einer Depesche aus Port-of-Spain auf der Insel Trinidad zufolge, ist der Geschäftstheil der Stadt abgebrannt. Der Schaden beträgt vier Millionen Dollars. Von den an



wesenden englischen und amerikanischen Kriegsschiffen wurden Mannschaften gelandet, welche den Rest der Stadt retteten.

### Französische Zuckerrepressionen.

Paris, 6. März. Der „Temps“ meldet, die Regierung beabsichtige, falls der deutsche Reichstag die Beibehaltung der Zuckerprämien beschliesse, die Zuschlagssätze auf ausländischen Zucker entsprechend zu erhöhen, nöthigenfalls Exportprämie für französischen Zucker zu beantragen. Um den Wünschen der Raffinerien und Hafenorte entgegenzukommen, wolle die Regierung die Quantitäten des einzulassenden ausländischen Colonialzuckers, ferner die Ursprungsländer und französischen Hafenorte, wo dieser Zucker zugelassen wird, limitiren.

### Eine Friedensniederlegung.

London, 6. März. Eine Abordnung des hiesigen internationalen Schiedsgerichts- und Friedensvereins überreichte gestern dem neuen französischen Botschafter Courcel eine Willkommens-Adresse, die unter anderem einen Hinweis enthielt auf den guten Einfluß, den Courcel auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland als Botschafter in Berlin ausgeübt habe. In seiner Erwiderung bemerkte der Botschafter: Obwohl er der Ansicht sei, daß unter den jetzigen Verhältnissen stehende Heere noch notwendig seien, theilweise um den weniger gestitteten Theil des Gemeinwesens unter Schutz und Ueberwachung zu bringen, hege er doch die starke Ueberzeugung, daß die Rüstungen Europas gegenwärtig übertrieben seien, weshalb die Bemühungen der Friedensgesellschaften, deren Herabminderung herbeizuführen und freundliche Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern, Lob verdienen. Was die Beziehungen zwischen Frankreich und England anlangt, könne er sich die Möglichkeit eines Krieges zwischen beiden Ländern nicht denken. Trotz gelegentlicher Reibungen seien die Beziehungen zwischen der französischen und der britischen Regierung höchst herzlich und befriedigender Natur.

### Danzig, 7. März.

\* [Bazar - Ertrag.] Der zu Anfang voriger Woche hier abgehaltene Bazar zum Besten des Marien-Krankenhauses hat einen Reinertrag von 7132 Mark geliefert.

△ [Renten - Rückzahlung.] Um die Mitte des laufenden Jahres tritt voraussichtlich der Zeitpunkt ein, wo nach den §§ 30 und 31 des am 1. Januar 1891 in Kraft getretenen Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes an weibliche Personen, die sich verheirathet, bevor sie in den Rentengenuß treten, wie an die Hinterbliebenen von verstorbenen männlichen Personen die ersten Rückzahlungen der Hälfte der für die traglichen Personen entrichteten Beiträge stattfinden. Geschiedene Vorbedingung dieser Rückzahlung ist die Leistung von Beitragsmarken für 5 volle Beitragsjahre zu je 47 Wochen, also im ganzen 5 x 47 = 235 Beitragswochen.

### Aus der Provinz.

Dirschau, 6. März. Zur Befprechung einer Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck laden die Herren Conradt Böhm und Bürgermeister Dembski alle Verehrer des Altdeutschen Vereins aus Stadt und Kreis Dirschau zu einer Versammlung auf Mittwoch den 13. März, Abends 6 Uhr, in Fischers Hotel hier selbst ein. In dieser Versammlung soll ein Festausflug gebildet und die Festordnung festgelegt werden.

h. Aus dem Elbinger Kreise, 5. März. Am heutigen Tage sind gerade vier Jahre verflossen, seitdem das zweiklassige Schulgebäude in Neuhof abbrannte, und noch ist mit dem Bau desselben nicht begonnen worden. Die Schüler des fünf Ortschaften umfassenden Schulverbandes besuchen noch immer die Schule in Fichthorst, wo sie von den dort angestellten Lehrern und dem 2. Lehrer in Neuhof unterrichtet werden; denn auch die 1. Lehrerstelle in Neuhof ist seit dem Tode des Inhabers vor über drei Jahren unbesetzt. Die Schüler haben meistens einen sehr weiten Weg zurückzulegen, der namentlich bei den häufigen Schneefürmen und auch im Frühjahr und Herbst bei dem aufgeweichten Niederungsboden sehr beschwerlich ist. Hoffentlich wird das Jahr 1895 einen Schulneubau bringen und eine Aenderung der jetzigen traurigen Zustände herbeiführen.

+ Graudenz, 6. März. Heute früh um 8 Uhr verfuhr der Eiserne Menhoffer, welcher am Bau des königlichen Commandanturgebäudes beschäftigt war, sich mit seinem Taschenmesser zu ersticken. Als ihm dies nicht gelang, ergriff er ein sogenanntes Bankheften und verlor dasselbe in die Wunde zu pressen, damit diese größer würde. Ein schnell herbeigeholter Arzt leistete dem Verletzten den ersten Beistand und es folgte dann die Ueberführung des M. nach dem städtischen Krankenhaus, woselbst er hoffnungslos darniederlag. Nach der Ansicht des Arztes ist die That im plötzlichen auftretenden Wahnsinn verübt worden.

8 Krojanke, 5. März. In Folge der starken Schneeverwehungen in der Königer Gegend sind sämtliche der Richtung kommenden Züge mit viertägiger Verspätung hier eingelaufen, so daß die Morgenpostkutschen erst am Abend zur Ausgabe gelangen konnten. Auch der Betrieb der Kleinbahn Lobnitz-Weißenhöhe soll einstweilen eingestellt worden sein.

ch. Freystadt, 5. März. In der in diesen Tagen stattgefundenen Stadtverordneten-Sitzung wurde der Apotheker Rohmann zum Vorsteher, der Rector a. D. Müller zum Stellvertreter und der Besitzer Aufschwald zum Schriftführer gewählt. Ferner wurde der städtische Haushaltsetat pro 1895/96 in Einnahme und Ausgabe auf 28 328 Mk. gegen 26 421 Mk. im Vorjahre festgestellt. Von den Ausgaben werden 10 473 Mark durch Einnahmen aus dem Kammervermögen und der Forts gedeckt, während die übrigen 17 855 Mark durch Zuschläge von 250 Proc. zur Staatseinkommensteuer, 200 Proc. zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer und 100 Proc. zur Betriebssteuer aufgebracht werden sollen. Das Kreisabgabensoll mit 5400 Mk. wurde auf den Etat übernommen, so daß in Zukunft die Kreisbeiträge nicht mehr besonders repariert werden. Die vom Magistrat vorgelegte Steuerordnung über die Erhebung von Luftbarkheitssteuern und die Umfahsteuerordnung, nach welcher 1/2 Prozent des Werthes des veräußerten Grundstücks als Steuer zu entrichten ist, wurden genehmigt. Nicht genehmigt wurde die vom Magistrat beschlossene Einführung einer Biersteuer in dieser Stadt. Der Rector Ambraht von hier ist zum Rector der höheren Mädchenschule zu Wehlau ernannt worden.

m. Strasburg, 5. März. Der Zug von Soltau-Lautenburg, welcher fahrplanmäßig Morgens 7 Uhr hier eintreffen soll, blieb heute aus. Derselbe ist in Nähe der einzigen zwischen Lautenburg und Soltau

liegenden Haltestation Heinrichsdorf im Schnee stecken geblieben und soll, wie verlautet, aus dem Geleise herausgekommen sein. Der Zug von Graudenz ging nur bis zu der gefährdeten Stelle und kehrte dann zurück. In vergangener Nacht fiel ununterbrochen Schnee und heute tobt ein großer Sturm.

\* Dem Oberlehrer am Aneuphischen Gymnasium in Königsberg, Dr. Krause, ist der Titel Professor verliehen worden.

Memel, 6. März. Das der Handlung J. G. Gerlach gehörige Barkschiff „Juno“, 408 Reg.-Tons groß, ist für den Preis von 7000 Mk. an einen russischen Capitän verkauft worden. Die Zahl der Memeler Segelschiffe ist damit auf 10 gesunken. (M. D.)

### 18. westpreussischer Provinziallandtag.

(Special-Bericht der „Dan. Ztg.“)

Zweiter Verhandlungstag am 6. März.

(Schluß.)

Der Landtag trat nunmehr in die Berathung des Berichtes über die Verwaltung und den Stand der Angelegenheiten des Provinzial-Verbandes ein. Bei dem Abschnitt, betreffend die Trennung des Conradstein, entpinn sich eine lebhafteste Debatte über die Unterbringung der Geisteskranken der Stadt Danzig. Abg. Dr. Baumbach-Danzig stellte an die Provinzialverwaltung die Frage, wann die Provinz die 130 Geisteskranken der Stadt Danzig übernehmen werde. Im Herbst 1895 werde die neue Trenn-Anstalt zu Conradstein mit 120 Kranken eröffnet. Die Provinzial-Verwaltung sei nach dem Gesetz verpflichtet, die bedürftigen Geisteskranken, bei denen Verpflegung in einer Anstalt notwendig sei, unterzubringen. Die Stadt werde sich genöthigt sehen, wenn nicht ein anderweitiges gültiges Ueberkommen zu Stande komme, den Rechtsweg zu beschreiten. — Landesrath Hünze führte aus, daß von der Provinz nicht Uebermäßiges verlangt werden könne. — Am 1. April 1896 würden in Conradstein 600 Personen aufgenommen werden können, dann werde man weiter sorgen können. Die 130 Geisteskranken der Stadt Danzig seien nur zum Theil hilfsbedürftig und der Anstaltspflege unterworfen, die Provinzialverwaltung werde von Fall zu Fall prüfen, ob eine Hilfsbedürftigkeit vorliege und danach verfahren. — Nach einer Gegenbemerkung des Herrn Dr. Baumbach, in welcher derselbe nochmals die Verpflichtung der Provinz, zur Aufnahme der hilfsbedürftigen Geisteskranken, betonte, und einer Eingangsrede des Landesraths Hünze und nach einigen Bemerkungen über Specialpunkte wurde der Bericht für erledigt erklärt.

Der Provinzial-Landtag wählte dann einstimmig Herrn Landesrath Krause unter den bereits mitgetheilten Bedingungen auf weitere 12 Jahre und mit 5400 Mk. Gehalt zum zweiten Landesrath.

Bei der Revision der Jahresrechnung der Provinzial-Verwaltung und Landarmen-Anstalt Konitz pro 1892/93 ist erinnert worden, daß für den Unterstufungsfonds kein Etat aufgestellt und keine Verwaltung überhaupt nicht ordnungsmäßig geregelt sei. Der Unterstufungsfonds wird gebildet aus den über die häusliche Verpflegung der Gefangenen, den nicht abgehobenen Arbeitsprämien, den zu Arbeitsprämien bestimmten festsitzen Theil des Arbeitsverdienstes, soweit er zur Gewährung der Arbeitsverdienstprämie keine Verwendung gefunden hat und den Einnahmen aus Geschenken, Sammelbüchern und dem ohne bestimmte Zweckangabe eingehenden Betrage des Fonds, welcher auf diese Weise entstanden ist. Derselbe hatte am 31. März 1894 einen Reservefonds von 700 27 Mk., welcher durch Zuführung von jährlich 100 Mk. allmählich auf 5000 Mk. erhöht werden soll. Die Einnahmen des Unterstufungsfonds sind Verwendung: 1. zur Unterstufung hilfsbedürftiger, entlassener Hauslinge, 2. in besonders dringenden Fällen zur Unterstufung nothleidender Angehöriger von Hauslingen, 3. zur Weihnachtsfeier für die Hauslinge und zwar vorzugsweise für eine bescheidene Christbefeuerung für die Pflegslinge, 4. zur Verbesserung der Kost und Verabfolgung von Genußmitteln an körper- und altersschwache sowie kränkliche Hauslinge, 5. zur Unterstufung von Vereinen, welche sich die Fürsorge für Entlassene, namentlich die Vermittelung von Arbeit und Unterkommen für solche angelegen sein lassen und 6. zu Porto und ähnlichen Ausgaben für ganz mittellose Hauslinge und ausnahmsweise auch zu Prämien für solche Hauslinge, welche sich durch besonders verdienstliche Leistungen hervorgethan haben. Der Provinzialauschuß hat nunmehr einen Etat und Vorschriften über die Verwaltung des Unterstufungsfonds ausgearbeitet. Die Vorlage wurde ohne weitere Debatte einstimmig angenommen.

Der Rentier Lemke in Neustadt hat der Provinzialverwaltung eine an das Terrain der Trennanstalt grenzende Parzelle zum Kauf angeboten. Der Provinzial-Auschuß befürwortet den Ankauf, welcher im Interesse der Provinzial-Trennanstalt liege und beantragt, die zur Deckung des Kaufpreises in den Etat der vorbezeichneten Trenn-Anstalt eingestellten Geldmittel im Betrage von 5500 Mk. zu bewilligen. Auch der Ankauf der Grundstücksparzelle wurde ohne Debatte genehmigt.

Es folgte nun eine Vorlage wegen Bildung eines Fonds zur Förderung des Meliorationswesens.

Durch den Staatshaushaltsetat sind im vorigen Jahre bei Kapitel 14 Titel 4 extraordinäre Mittel „zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den städtischen Provinzen“ bereit gestellt worden. Der hiervon auf Westpreußen entfallende Antheil ist dem Centralverein westpreussischer Landwirthe zur Verwaltung überwiesen, während aus den Antheilen der Provinzen Posen und Ostpreußen den Zuschüssen besondere Fonds „zur Förderung des Meliorationswesens“ gebildet worden sind. So beträgt der pro 1894/95 geschaffene Fonds in Ostpreußen jährlich 80 000 Mk., nämlich 50 000 Mk. Staatszuschuß und 30 000 Mk. Provinzialbeiträge. In Ostpreußen hat die Bildung dieses Fonds eine außerordentliche Hebung der Bestrebungen nach Bodenverbesserung, insbesondere durch Drainage zur Folge gehabt. Die stete Zunahme bedeutungsvoller Meliorationsprojecte in der Provinz Westpreußen hat den Herrn Minister für Landwirtschaft bestimmt, auch für die Provinz Westpreußen, vorausgesetzt, daß die extraordinären Mittel zur Hebung der Landwirtschaft in den städtischen Provinzen in bisheriger Weise durch den Staatshaushaltsetat weiter bewilligt werden, vom Rechnungsjahr 1895/96 ab einen Betrag von 18 000 Mk. unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß die Provinz Westpreußen einen entsprechenden Zuschuß dazu leistet. Es sollen aus diesem Fonds vorzugsweise Beihilfen für gemeinschaftliche Unternehmungen und für bedürftige kleinere Grundbesitzer gewährt werden. Der Provinzial-Auschuß hat diesen Vorschlag dankbar angenommen und beschloß, bei dem Landtage einen Zuschuß von 12 000 Mk. zu beantragen, so daß sich der Fonds auf 30 000 Mk. belaufen wird. Der Herr Landwirtschaftsminister hat vorgeschlagen, die Entscheidung über die Bewilligung von Beihilfen einer besonderen Commission zu übertragen, die aus dem Herrn Oberpräsidenten bzw. dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, je einem Commissar der Herren Regierungspräsidenten zu Danzig und Marienwerder und zwei Commissarien der Provinzialverwaltung bestehen soll, und sich die Genehmigung des von der Commission aufgestellten Vertheilungsplanes vorbehalten, während der Provinzial-Auschuß für die Entscheidung lediglich den Provinzial-Auschuß als zuständig erachtet kann. Der Provinzial-Auschuß schloß seine abweichende Ansicht darauf, daß mit Rücksicht auf die durch die Provinzial-Ordnung gesetzlich gewährleistete Selbstverwaltung, nach welcher auch die zur Wahrnehmung einzelner Angelegenheiten des Provinzialverbandes bestellten Commissionen lediglich von dem Provinzial-Auschuß ihre Geschäfts-

anweisung zu empfangen und ihre Geschäfte unter der Aufsicht desselben zu führen haben, die Entscheidung auf die Anträge von Beihilfen aus dem zu bildenden Fonds für ein Anspruch nehmen zu sollen. Er würde es zwar sehr bedauern, wenn der Herr Minister in Folge seines Widerspruchs gegen die in Aussicht genommene Verwaltung zu Fonds sein Anerbieten auf Ueberweisung des Staatszuschusses von 18 000 Mark zurückziehen sollte, andererseits aber kann er dem Provinzial-Landtage, zumal in Ansehung der geforderten hohen Beihilfe aus Provinzialfonds, nicht empfehlen, der Bestellung einer Commission zuzustimmen, die weder in das System der Provinzial-Ordnung, noch in den Verwaltungsapparat der Provinz hineinpaßten würde. Der Provinzial-Auschuß giebt der Hoffnung Raum, daß der Herr Minister bei erneuter Vorstellung sich seinen Gründen nicht verschließen und sich bereit finden lassen wird, die Verwaltung des Fonds ihm zu übertragen. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, so würde nur übrig bleiben, die im Etatsentwurf in Einnahme und Ausgabe vorgesehenen Zuschüsse von 18 000 Mk. bzw. 30 000 Mk. als nicht eingegangen resp. erspart in Abgang zu stellen. Der Provinzial-Auschuß beantragt: „Der Provinzial-Landtag wolle unter der Bedingung, daß die Verwaltung des zu bildenden Fonds zur Förderung des Meliorationswesens in der Provinz Westpreußen dem Provinzial-Auschuß mit der Maßgabe übertragen wird, daß die auf die Verwaltung dieses Fonds bezüglichen Beschlüsse des Provinzial-Auschlusses der Zustimmung des Herrn Oberpräsidenten bedürfen und falls ein Einvernehmen zwischen dem Herrn Oberpräsidenten und dem Provinzial-Auschuß nicht erzielt wird, die Entscheidung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einzuholen ist, sich mit Einstellung des pro 1895/96 in Aussicht gestellten Staatszuschusses von 18 000 Mk.

in Einnahme und desselben Betrages, verstärkt durch einen aus Provinzial-Fonds zu entnehmenden Zuschuß von 12 000 Mk. Summa 30 000 Mk.

in Ausgabe einverstanden erklären und die Inangabe dieser Beträge für den Fall genehmigen, daß die Entscheidung über den Fonds dem Provinzial-Auschuß vorbehalten werden sollte“. Der Referent der Etatscommission Abg. Dr. v. Zander beantragte Namens der Commission die Annahme des Antrages des Provinzial-Auschlusses, da die Commission die in der Vorlage niedergelegten Ansichten theile, aber überzeugt sei, daß eine Einigung doch noch zu Stande kommen werde. — Der Landtag stimmt dem Antrage einstimmig zu.

Wegen vorgerückter Zeit wurde nunmehr beschloffen, die Verhandlungen zu verlagern und den Rest der Tagesordnung auf die nächste Sitzung, welche heute Vormittag um 11 Uhr beginnt, zu verlegen.

### Bermischtes.

#### Pistolenduell.

Berlin, 6. März. (Telegraph.) Gestern hat ein Pistolenduell im Grunewald zwischen einem Candidaten der Rechtswissenschaft und einem Studenten der Philosophie stattgefunden. Ersterer wurde dabei durch einen Schuß in die Brust lebensgefährlich verletzt. Die Veranlassung war eine antisemitische Scene im Wirthshause.

#### Der Drkan auf den Fidjji-Inseln.

Ueber den Drkan auf den Fidjji-Inseln am 6. und 7. d. Mts. berichtet die deutsche „Nordaustral. Ztg.“: Die Insel Taouiti ist vollständig verwüstet, alle Cocospalmen wurden umgerissen, und es erfordert wenigstens vier Jahre, um den angerichteten Schaden wieder eingermessen zu können. Auf Ceuka ist beinahe jedes ältere Gebäude dem Erdboden gleich gemacht worden, das Rathaus wurde umgerissen, und neun kleinere Rüstungshäuser versanken. Die Bark „Dyphir“ strandete mit 600 Tonnen Kopra an Bord, und die deutsche Bark „Dione“, die vor zwei Jahren im Hafen von Brisbane lag, verlor alle Masten. Auf der Insel Rewa ist alles Zuckerrohr vernichtet, sämtliche Häuser sind eingestürzt und viele Eingeborene getödtet. Der Fluß auf Suva stieg 15 Fuß. Die Stadt hat furchtbar gelitten. Drei Kirchen, das Zollgebäude, die großen Speicher und meist alle Privathäuser sind zerstört. Die Stadt ist eine einzige große Ruine. Hunderte von Eingeborenen leben von Dingen, die sich durchaus nicht als Nahrungsmittel eignen, und eine Dysenterie-Epidemie wird befürchtet.

#### Ein neues unterseeisches Boot.

Ein Mr. Seymour Allen hat ein unterseeisches Boot erfunden, welches, wie er behauptet, drei Tage unter Wasser bleiben, jede Tiefe erreichen und ebenso schnell unter Wasser wie auf der Oberfläche fahren kann. Der Feind wird gar nichts von der Annäherung des Bootes gewahr und so kann die Befahrung in höchster Gemüthsruhe einen Torpedo an den Riel des feindlichen Schiffes legen, um es in die Luft zu sprengen. Ein Modell dieses Bootes soll kürzlich in Melbourne probirt worden sein. Die Versuche fielen angeblich höchst befriedigend aus.

#### Acclimatisation fremden Wildes.

Je mildamer unsere Forsten werden, desto mehr muß man darauf bedacht sein, sie durch Einbürgerung fremden Wildes neu zu beleben. So führt man jetzt den amerikanischen Wapitiirsch ein, um mit ihm unser Rothwild zu kreuzen, setzt böhmische Fasanen aus und sucht den nordamerikanischen und auch den mexikanischen Wildputer zu acclimatisiren. Mit dem mexikanischen Trutwild, dem sogenannten Bronzeputer, sind die Versuche nicht so gut gelungen, das nordamerikanische Trutwild aber ist überall da, wo man es aussucht und rationell gepflegt hat, dort fortkommen. Nach einer interessanten Abhandlung des Herrn Dr. Koepert-Altenburg in der Jagdzeitung „St. Hubertus“ (Verlag Cöhen in Anhalt) ist der nordamerikanische Wildputer in den im Herjogthum Altenburg gelegenen Seinaualdungen schon vollkommen eingebürgert.

#### Der Seeweg nach Sibirien.

Ueber den Seeweg nach Sibirien durchs Arische Meer äußerte sich Ende Januar Capitän Wiggins in einer Versammlung zu Petersburg sehr vertrauensvoll. Es ist dieses um so mehr hervorzuheben, als Wiggins, als er kurz vorher auf der Rückfahrt von der Jenisseimündung in der Jugorschen Straße Schiffbruch gelitten hatte, von da mit Hilfe der Samoeden auf dem Landwege nach Archangel gelangt war. Capitän Wiggins lagte, der Seeweg nach Sibirien werde schon um deswillen immer wieder eingeschlagen werden, weil viele Waaren den theuren Landtransport mit der im Bau begriffenen Eisenbahn nicht tragen könnten. In den letzten zwanzig Jahren seien nicht weniger als 24 Expeditionen mit zusammen 37 Fahrzeugen durch die Karaeise gemacht worden, ohne die geringste Schwierigkeit vom Eise zu erleiden; kein Schiff sei verloren gegangen,

bis auf sein Fahrzeug „Stjernen“, und hieran sei einzig und allein der Nebel schuld gewesen. Wiggins berief sich dann noch auf die zahlreichen normorgischen Fangschiffe, die in der Karaeise lustig umhergefahren seien — eine Thatfache, die schon vor zwanzig Jahren von A. Petermann genügend klar gestellt wurde. Allerdings seien besondere Schiffe nöthig und die Fahrt streng an eine Zeit im Jahre gebunden.

#### Die Strandung des „Drona“.

Neapel, 5. März. Seit der vergangenen Nacht wird unausgeseht an der Flottnachung des gestrandeten Schiffes „Drona“ gearbeitet. Der Rest der Passagiere ist ohne Gefährdung an das Land gebracht; man stellte fest, daß noch ein Matrose gestern Abend ertrunken ist. (M. T.)

### Börsen-Depeschen.

Berlin, 6. März. (Telegraph.) Tendenz der heutigen Börse. Obwohl die Börse zu Beginn eine ziemlich feste Haltung zeigte, konnte sich trotzdem kein lebhaftes Geschäft zur Geltung bringen, weil aus Wien Nachrichten vorlagen, daß die Ueber speculation an der dortigen Börse sehr bedauerlich sei. Zudem hieß es, daß die starken Abgaben in der Dresdener Bank, die auf den Kurs wesentlich einwirkten, für Wiener Rechnung stattgefunden haben. Es war daher der Verkehr in heimischen Banken schwach. Im Eisenbahnnachmarkte war die Tendenz vielfach ungleichmäßig, so waren Lübeck-Büchener und Dispreußen schwächer, schweizerische Bahnen nach anfänglicher Lustlosigkeit später erhalt, besonders Gotthardbahn; italienische Bahnen schwächer. Mittelmeerbahn auf Minus von 17 553 Cires in dritter Februarberade gedrückt. Fest lagen Buschtierader auf Pluserinnahmen beider Linien. Lombarden anziehend, Prins Heinrichbahn trotz Minusentnahme fest. Warchau-Wiener ruhig. Schiffahrtssachen träge. Krupp-Dynamit stetig. Im Fondsmarkt waren Italiener matt, Russen fest, österreichische gut behauptet, heimische Anlagen still. Mexikaner schwächer, Canada-Pacific behauptet. In zweiter Börsensunde waren Creditactien schwächer, heimische Banken relativ gebessert, Montanwerthe etwas anziehend. Sonstiges still. Im weiteren Verlaufe trat eine ganz erhebliche Besserung in Montanwerthen ein auf die Meldung, daß im obersteleischen Kohlenbeck in der zweiten Februarhälfte 48 928 Wagen gegen 38 523 in der gleichen Periode des Vorjahres gestellt wurden. Banken waren gut erhalt auf Wien wegen günstigen Verlaufes des dortigen Zahltages. Sehr fest war die Haufe in Banken auf das Gerücht, die Discontogesellschaft und die Dresdner Bank verhandeln wegen Finanzierung eines Spiritus-Monopols in der Türkei. Montanwerthe lebhaft, steigend. Preisdiscont 13/8.

Frankfurt, 6. März. (Abend-Course.) Oesterreichische Creditactien 326, Franzosen 332 1/2, Lombarden 91 1/2, ungar. 4 1/2, Goldrente 102.60, ital. 5 1/2, Rente 88.40. — Tendenz: fest.

Paris, 6. März. (Schluß-Course.) Amort. 3 1/2 Rente 101.45, 3 1/2 Rente 103.55, ungar. 4 1/2, Goldr. 102.22 1/2, Franzosen 825.00, Lombarden 247.50, Zürcher 27.50, Aegypter —, Tendenz: fest. — Nothzucker loco 25.50, Weißer Zucker per März 26.87 1/2, per April 26.87 1/2, per Mai-August 27.37 1/2, per Dthbr.-Januar 27.87 1/2. — Tendenz: matt.

London, 6. März. (Schluß-Course.) Engl. Consols 104 1/2, 4 1/2 preuß. Consols —, 4 1/2 Russen v. 1889 104, Zürcher 27 1/4, 4 1/2 ungarische Goldrente 101 1/4, Aegypter 104 1/4, Plahdiscont 1 1/8, — Silber 27 1/2, — Tendenz: träge. — Savannazucker Nr. 12 11, Rübenroh Zucker 9 1/8. — Tendenz: matt.

Petersburg, 6. März. Wechsel auf London 3 M. 93.05, Remorh, 5. März. (Schluß-Course.) Geld für Regierungsbonds, Procentfuß 2, do. für andere Sicherheiten do. 2 1/2, Wechsel auf London (60 Tage) 4.87 1/2, Cable Transfers 4.89 1/2, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.16 1/2, do. auf Berlin (60 Tage) 95 1/8, Alchison, Tscheka u. Santa-Fé-Actien 13 1/4, Canadian-Pacific-Actien 41, Central-Pacific-Actien 13 1/4, Chicago, Milwaukee u. St. Paul-Actien 55 1/4, Denver u. Rio-Grande-Preferred 34 1/2, Illinois-Central-Actien 84 1/4, Lake Shore Shares 136, Louisville- und Nashville-Actien 49 1/4, Remorh-Lake-Erie-Shares 8 1/2, Remorh Centralbahn 96 1/4, Northern-Pacific-Preferred 14 1/4, Norfolk and Western-Preferred 10 1/8, Philadelphia and Reading 5 1/2, Inc.-Bonds —, Union-Pacific-Actien 9 1/2, Silver, Comm. Bonds, 60 1/4, — Waarenbericht. Baumwolle, Remorh 5 1/2, do. New Orleans 5 1/2, Petroleum matt, do. Remorh 6.30, do. Philadelphia 6.25, do. rohes 7.00, do. Pipe line cert. per April 105 nom, Schmalz West. Beam 6.75, do. Rohe u. Brothens 7.05, Mais behpt., do. per März 48 1/4, do. per Mai 49, do. per Juli 49 1/2, Weizen träge aber behauptet, rother Winterweizen 60 1/2, do. Weizen per März 58 1/2, do. do. per Mai 59 1/2, do. do. per Juli 59 1/2, do. do. per Debr. 63 1/2, Getreidefracht n. Liverpool 2 1/2, Raffee fair Rio Nr. 7 16 1/4, do. Rio Nr. 7 per April 14.70, do. do. per Juni 14.60, Mehl, Spring clears 2.40, Zucker 2 1/2, Kupfer 9.55.

Chicago, 5. März. Weizen stetig, per März 52 1/4, per Mai 54 1/4, — Mais stetig, per März 43, — Speck short clear nom. Pork per März 10.25.

#### Rohzucker.

(Privatbericht von Otto Serike, Danzig.) Danzig, 6. März. Tendenz: ruhiger. Heutiger Werth 9.00 M. bei incl. Sach Basis 88 Rendement transito franco Hafenplatz.

Magdeburg, 6. März. Mittags 12 Uhr. Tendenz: still. März 9.25 M., April 9.22 1/2 M., Mai 9.32 1/2 M., August 9.62 1/2 M., Oktober-Dezember 9.70 M. Abends 7 Uhr. Tendenz: ruhiger. März 9.22 1/2 M., April 9.20 M., Mai 9.27 1/2 M., August 9.55 M., Dthbr.-Dezember 9.65 M.

#### Schiffliste.

Neufahrwasser, 6. März. Wind: SW, Nichts in Sicht.

#### Fremde.

Hotel Germania. Dr. Müny a. Berlin, Frolt a. Daulshof, Willms a. Köhlfeld, Gutschke, Bräcker a. Cauenburg i. B., Fabrikbesitzer. Frau, Jagdameier a. Cauenburg i. B., Capibar, Hermenau a. Königsberg, Kaufleute, Scheerbaris Hotel, v. Hener a. Goldsch, Hauptmann Köhrig a. Dirschau, Hauptmann Burandt a. Gr. Trampkau, Tabakn. nebst Gemahlin a. Aulitz, Hener a. Grawald, Rittergutsbesitzer, Dr. Rohli a. Thorn, Oberbürgermeister, Keller a. Carlsruhe, Landrath, Frau Anasch a. Mende, Bonin a. Eirchau, Rentier, Sabel a. Hildesheim Kaufmann.

Hotel Breughel Hof. Gilmann a. Dirschau, Theffen a. Berlin, Richter a. Neumark, Volkshilfen, Behold a. Elbing, Gärtner, Rohrbroich, Grath, Thiede, Fuchs a. Elbing, Reich a. Königsberg, Danhlaff, Groh, Hini, Student, Gilmann, Bahl, Hermann, Niehu, Schenrodt, Lange a. Berlin, Frankenstein a. Mallesfeld, Strubs a. Leipzig, Anrardt, Schumann, Fuhrmann, Ehrlich a. Gietlin, Gersfeld, Henna, Babel, Cidmann a. Hamburg, Rroll, Frankenstein a. Essen, Werhowski a. Gletwitz, Drens a. Warchau, Reich a. Hammerstein, Webrowski a. Allenstein, Hipp, Lorenz a. Thorn, Kaufleute.

Verantwörtlich für den politischen Theil, Statistiken und Vermischtes Dr. B. Hermann, — den lokalen und gewerblichen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt, sowie den Inseratentheil A. Klein, beide in Danzig.

Waltmann-Puig empfiehlt Räucher-Aal von Aal 0.40—0.60 M. per 1/2, Aalbraten und Geler-Aal in Büchsen à 1.80 und 4.50 M.



**Anstich von**  
**Elbinger Bockbier.**  
4453) **A. Rutkowski.**